

Spangenberg Zeitung.

Beilage für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27

Telegr.-Adr.: Zeitung



Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 0.00 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Reise und Erholung“, „Unterhaltungsbeilage“. — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Abgeliefert werden die sechsgepaltenen 8 mm hohe (Netto-) Beile oder deren Äquivalent mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen kosten pro Zeile 10 Pf. Verbrieflichkeitsentsprechender Rabatt. Neufahrten kosten pro Zeile 10 Pf. Annahmestellen für Briefe, Datenvermittlung und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmestellen für Offerten und Auktionen beträgt 15 Pf. — Zeitungsbeilagen werden bittig für Offerten und Auktionen Frankfurt am Main Nr. 20771 berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 111

Donnerstag, den 15. September 1932.

25. Jahrgang.

Stoßtrupp Deutschland

England vermitteln? — Frankreich gegen die Verhinderung der Brüßler Konferenz.

— Berlin, 15. September.

Nachdem sich die großen Militärmächte von dem ersten Versuch über die nach der Überlieferung der französischen Propaganda auf die deutsche Wehrdienstfrage vom Reichsminister von Papen ausgehende Nichtbeteiligung Deutschlands an den Arbeiten des Büros der Brüßler Konferenz, die den Zusammentritt am nächsten Donnerstag die Abklärung der Konferenz ihre Fortsetzung finden wird, erhofft, sind sie jetzt damit beschäftigt, eine Entscheidung über den weiteren Gang der Konferenz zu treffen.

Man hat sich nicht anders zu helfen gesucht, als den Wiederzusammentritt des Büros um einige Tage zu verschieben. In der Zwischenzeit sollte offenbar ein Versuch werden, Deutschland doch noch an den Verhandlungen zurückzuführen. Nunmehr hat man in Genf aber eingesehen, daß es eine Illusion ist, auf einen Umkehrkurs Deutschlands zu hoffen. Wenn der deutsche Stuhl in der Brüßler Konferenz wieder besetzt werden soll, dann helfen keine Versprechungen und keine Drohungen mehr, sondern eine Änderung ist nur durch die vorherige Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung herbeizuführen.

Es ist nunmehr damit zu rechnen, daß das Büro der Brüßler Konferenz ohne die Teilnahme einer deutschen Abordnung seine Arbeiten fortsetzen wird, zumal die französische Regierung, wie man aus London hört, die englische Anregung, die Arbeitsaufnahme in Genf nochmals hinauszuschieben, abgelehnt haben soll. Uns mag es gleichgültig sein, ob das Büro der Brüßler Konferenz in seiner Verlegenheit einem Wunder Auskauf hält oder seine Verhandlungen alsbald als nichtig erklären wird. Ohne Deutschland kann man in Genf einige Zeit hindurch noch gute Reden führen und Resolutionen fassen können; die Lösung der Abklärungsfrage ist dagegen ohne die Mitwirkung des Deutschen Reiches nicht möglich; und mit Deutschland ist die Abklärungsfrage nur dann zu lösen, wenn Deutschland in seinen Rechten und Pflichten endlich den anderen Mächten gleichgestellt wird.

Es spricht für den politischen Sinn der Engländer, daß sie in London den Ernst der jetzigen Situation in der Welt nicht deutlich empfindet und nach einem Ausweg sucht. Die Londoner Presse teilt mit, die englische Regierung wünscht eine Verbindung zwischen der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung und dem französischen Anspruch auf Garantien gegen die „Aufrüstung“ seiner ehemaligen Feinde herzustellen. Wie das gedacht ist, darüber vermögen freilich auch die englischen Zeitungen nichts mitzuteilen, beschränken sich ihre Erörterungen doch lediglich auf den Weg, den London angeblich vorschlagen will. Eine Erörterung der deutschen Gleichberechtigungsforderung im Völkerbundsrat hält man danach auch in London für wenig zweckmäßig. Während Frankreich aus Furcht vor einem „Hineinschlittern“ in die große Revision der Diktatverträge und in dem Bestreben, den Klärungsprozeß in die Länge zu ziehen und zu komplizieren, Deutschland unter Ablehnung der vertraulichen Aussprache zu Zweien gerade an Genf verwiesen hat, will England offenbar diese Auseinandersetzung auf dem Martini durch eine Konferenz der Hauptverlierer der Versailler Diktats mit Deutschland ersetzen. Am nächsten werden also an den weiteren Verhandlungen mit Deutschland Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens, der Vereinigten Staaten und gegebenenfalls Belgiens und Japans teilnehmen.

In welcher Form nun auch — Beschlüsse der englischen Regierung liegen ja noch nicht vor — die notwendigen Verhandlungen über die deutsche Gleichberechtigung fortgesetzt werden mögen, die Grundlage dieser Aussprache muß unter allen Umständen eine andere sein als die der französischen Antwortnote, die in dem Sturm der deutschen Klärungsaussprache etwas zu wenig Beachtung gefunden hat. Wenn der französische Ministerpräsident Herriot in dieser Note in höchster Form Frankreichs Standpunkt dahin festlegt, der spätere Abklärungsvertrag beruhe nicht auf der Bestimmung des Teiles V des Versailler Vertrags und seine Ablehnung nicht erzeuge, dann ist das eine ganz offene Ablehnung der deutschen Gleichberechtigung. Das deutsche Volk weiß die darin enthaltene Zustimmung, weiterhin unter Ausnahmestellung zu leben, entsetzt zurück und verlangt von seiner Regierung, daß sie unter Unterwerfung bloßen Protestkundgebungen die nationale Schmach und das Verlangen nach Gerechtigkeit durch die Tat erfüllt.

Wenn die Welt gut beraten ist, wird sie diese Empfindung des deutschen Volkes achten und Frankreich keine Handzettel für die Konföderierung der Rechtsungleichheit in Europa leisten. Der „Vertrag“ von Versailles mit seiner Verteilung der europäischen Staaten in bevorzugte Siegerstaaten und in rechtlose Besiegte ist längst zu einer Gefahr für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg und die politische Befreiung geworden. Die Tributbestimmungen dieses grauenhaften Dokuments haben die deutsche Wirtschaft in die Krisen der Inflation und der Deflation, und die Weltwirtschaft in die große Not des Wertverfalls geführt. Die politischen Be-

Kuratorium für die Jugend

Vom Reichspräsidenten berufen — Vorsitzender ist der Reichsinnenminister Geschäftsführender Präsident General a. D. von Stülpnagel

Die schon seit langem verfolgten Pläne, die eine Zusammenfassung der mannigfaltigen Vereinigungen erstrebten, die sich der körperlichen Ausbildung der Jugend widmen, haben nunmehr ihren organisatorischen Abschluß gefunden. Reichspräsident von Hindenburg hat mit einem vom Reichsfürst und vom Reichsminister des Innern gegengezeichneten Erlaß ein Kuratorium für Jugendertüchtigung und den ersten Reichsinnenminister zum Vorsitzenden und den früheren Kommandeur des Wehrkreises IV (Dresden) General a. D. von Stülpnagel, zum geschäftsführenden Präsidenten ernannt.

Der Erlaß des Reichspräsidenten von Hindenburg lautet:

„Die deutsche Jugend ist die Zukunft unseres Volkes. Seit Jahren habe ich daher mit besonderer Anteilnahme alle Bestrebungen verfolgt, die ihrer körperlichen Eräftigung galden. Die Stähung des Körpers, die Erziehung der Jugend zu Pflicht, Ordnungsliebe und Kameradschaft und zur Opferbereitschaft für die Gesamtheit sind Aufgaben, deren sich anzunehmen, der Staat die Pflicht hat.

Ihre Lösung wird in der Zusammenarbeit mit allen Vereinigungen verschiedener Art erfolgen können, die schon bisher sich diesem Werte an der deutschen Jugend gewidmet haben und denen ich für diese Arbeit danke.

Um für die Zukunft alle Kräfte, denen die körperliche Eräftigung der deutschen Jugend am Herzen liegt, zu gemeinsamen und einheitlicher Arbeit zusammenzufassen, berufe ich hiermit ein Kuratorium für Jugendertüchtigung.

Ich bestelle den Reichsminister des Innern zu seinem Vorsitzenden und den General der Infanterie a. D. Edwin von Stülpnagel zum geschäftsführenden Präsidenten. Ich beauftrage den Reichsminister des Innern, geeignete Persönlichkeiten, die auf diesem Gebiete besondere Erfahrungen besitzen, als Mitglieder des Kuratoriums zu berufen, mit der Sehungen zur Genehmigung vorzulegen und alle Maßnahmen zur Durchführung dieses Erlasses im Benehmen mit den sonst beteiligten Reichsministerien zu treffen.“



General der Infanterie a. D. von Stülpnagel, der geschäftsführende Präsident des Kuratoriums für Jugendertüchtigung.

stimmungen dieses Diktats aber, die Verstümmelung unserer Grenzen, der Raub der Kolonien und die einseitige Entloftung, sind uns ein Fatal des Hasses und der Gewalt und eine Herausforderung unseres Freiheitsgefühls und unseres Nationalstolzes.

Es ist daher ein schlimmer Irrtum, wenn Herriot in seiner letzten Note die Organisation des Friedens wiederum mit der Verankerung des Versailler Systems gleichsetzt. Die Aufrechterhaltung des Versailler Diktats erhöht die Spannung in Europa, verfestigt die Konfliktgefahren und untergräbt den Frieden, und erst die Revision dieses „Vertrags“ führt uns aus der Atmosphäre des Hasses und der Gewalt in die des wahrhaften Friedens. In einer kritischen Zeit unseres Vaterlandes, gekennzeichnet durch große Gegensätze, galt einmal das Wort: Traue dem Landfrieden nicht! Heute ist der blind und taub, der auf die Dauerhaftigkeit der Versailler Neuordnung vertraut. Und wenn daher Deutschland mit seiner Revision des Diktats von Versailles kämpft, dann steht Deutschland sich damit nur an die Spitze einer Bewegung, der sich alle anschließen müssen, deren Friedensliebe ernst gewesen ist. Deutschland ist also in seinem Kampf um Gleichberechtigung lediglich der Stoßtrupp, der die in Versailles errichteten Hindernisse auf dem Weg zum Frieden beseitigt.

Die Aufgabe des Kuratoriums

Das mit diesem Erlaß berufene Kuratorium für Jugendertüchtigung soll nicht in die Freiheit der bereits bestehenden Verbände eingreifen oder zu den Stellen, die die Förderung von Turnen und Sport sich schon bisher zur Aufgabe gemacht haben, in irgendwelchen Gegenläge treten. In dem neuen Kuratorium für Jugendertüchtigung sollen vielmehr Vertreter derjenigen Verbände zusammengefaßt werden, die mögen sie auf beruflicher oder politischer oder konfessioneller Grundlage organisiert sein, daneben aber der körperlichen Ausbildung der Jugend ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt haben oder in Zukunft zugewenden werden.

Diesen Verbänden soll ihre Arbeit vor allem dadurch erleichtert werden, daß geeignete Bekehrkräfte herangebildet werden, die in der Lage sind, eine auch wirklich wertvolle Ausbildung zu vermitteln. Allgemeine Leibesübungen, Sport und Turnen, sollen in den dafür bestehenden Vereinen selbstverständlich weiter betrieben werden.

Durch das Kuratorium soll hauptsächlich die Sportlandschaft gefördert werden, für die sich der Ausdruck „Geländesport“ eingebürgert hat.

Das heißt, diejenige sportliche Betätigung, die den jungen Mann aus den Turnhallen und von den Sportplätzen hinausführt in das freie Gelände, wo er in Wanderungen, Ordnungsbildungen und Geländebildungen seinen Körper stärken soll, wo er zur Willensstärke, Ausdauer, Selbstbeherrschung, Kameradschaft und Opferbereitschaft erogen, und seine Liebe zum gemeinsamen Vaterland und zum Boden der Heimat gestärkt werden soll.

Das Kuratorium für Jugendertüchtigung wird seine Absichten und Pläne im engen Einvernehmen mit den Landesregierungen durchführen. Vertreter der Landesregierungen werden vom Reichsminister des Innern als Mitglieder des Kuratoriums berufen werden.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, handelt es sich bei diesem Erlaß um die Vollenbung von Plänen, die schon unter den Reichsinnenministern Dr. Wirth und Groener erörtert wurden und die jetzt weiter ausgebaut worden sind.

Errichtung von 20 Lagern

Wie weiter verlautet, sind die Vorbereitungen für die neuzeitliche Organisation bereits dadurch getroffen, daß die Lehrer zum größten Teil ausgebildet sind. Die Leitung der ganzen Organisation wird ehrenamtlich erfolgen. Die Geländesportschulen, die bereits bestehen, werden vom Reich zur Ausbildung übernommen. Als Sportlehrer dürften im allgemeinen frühere Offiziere in Betracht kommen. Dem Vernehmen nach werden etwa zwanzig Lager in Deutschland gebildet, in die je 100 bis 200 Mann drei Wochen aufgenommen werden, und zwar ohne Parteinorm. Es werden Drillkämpfe getragen. In den Lagern erfolgt kostenlose Verpflegung; Hinz- und Rückreise zu den Lagern ist gleichfalls kostenlos. Sonstige finanzielle Zuschüsse werden nicht gewährt.

Für die Durchführung der gestellten Aufgaben stehen insgesamt 1.5 Millionen RM. zur Verfügung, die im Haushaltsplan vorgegeben sind.

Sozialdemokraten zur Wehrfrage

— Berlin, 15. September.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigt sich mit der Aktion der Reichsregierung in der Wehrfrage und nahm eine Entscheidung an, die darauf hinweist, daß der Reichsregierung für Deutschland jetzt der Zeitpunkt gekommen erachte, die Freiheit zur Ausgestaltung seiner Wehrmacht zu fordern. Die Sicherheit der Völker könnte aber nicht mit den Mitteln der militärischen Rüstung erreicht werden. Insbesondere gelte dies für Deutschland angesichts seiner geographischen Lage und der militärischen und wirtschaftlichen Kräfte der anderen Länder. Die Sozialdemokratie halte daher die Aktion der Reichsregierung für verfehlt, denn sie berge die Gefahr in sich, Deutschland in politische Isolation zu führen, die Welt gegen Deutschland zusammenzuschweißen und das Versailler Diktat zu verewigen. Die schlimmsten Folgen drohen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeiterklasse.

Am Schluß der Sitzung erklärte der Fraktionsvorsitzende Dr. Breitscheid, die Sozialdemokratie erwarte von der Regierung, daß sie in der verfassungsmäßigen Frist den Wahltermin ansehe.

Notverordnung bleibt

Hindenburg läßt Göring durch Staatssekretär Meißner antworten. — „Die Beschlüsse des Reichstages verfassungswidrig und gegenstandslos.“

— Berlin, 15. September.

Reichspräsident von Hindenburg hat den an ihn gerichteten Brief des Reichstagspräsidenten Göring, der die Forderung enthielt, auf Grund der Reichstagsaufhebung und der Verordnung zur Behebung der Wirtschaft aufzuheben und das Kabinett von Papen zum Rücktritt zu veranlassen, durch den Staatssekretär Dr. Meißner beantworten lassen. Der Brief des Staatssekretärs lautet:

„Sehr geehrter Herr Reichstagspräsident! Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 13. September 1932 zu bestätigen.

Unter Hinweis auf sein Gesehen an Sie gerichtete persönliche Schreiben läßt Ihnen der Herr Reichspräsident mitteilen, daß die nach Überlegung der Aufhebungsverordnung vom Reichstag noch gefassten Beschlüsse verfassungswidrig und somit gegenstandslos sind. Der Herr Reichspräsident beabsichtigt daher nicht, aus diesen Beschlüssen Folgerungen zu ziehen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener gez. Dr. Meißner.

Das Reichskabinett ver sammelte sich unter dem Vorsitz des Kanzlers zu einer neuen Sitzung, in der die politische Lage erörtert wurde. Ueber den Zeitpunkt der neuen Reichstagswahl ist in dieser Sitzung entgegen anderslautenden Mitteilungen nicht beraten worden.

Wie nach der Kabinettsitzung von zuständiger Stelle mitgeteilt wurde, beabsichtigt die Reichsregierung nicht, den Briefwechsel mit dem Reichstagspräsidenten Göring fortzusetzen. Es werde lediglich noch ein abschließendes Schreiben des Reichspräsidenten an den Reichstagspräsidenten gefandt werden.

Inzwischen sind zwei weitere Briefe Görings zu vergleichen, von denen einer an den Reichspräsidenten, abschließend an den Reichstanzler, ein anderer an den Reichsinnenminister Freiherrn v. Papen gerichtet worden ist. Beide Schreiben enthalten, wie verlautet, keine neuen Momente. Der an den Reichsinnenminister gerichtete Brief ist auch von dem Vorsitzenden des Überwachungsausschusses, Böbe, unterzeichnet und fordert im Sinne des Ausschusshandels die unverzügliche Festsetzung des Wahltermins.

Bermehrung der Arbeitsgelegenheit

Zunächst wird mitgeteilt: „Der Reichsarbeitsminister hat zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Bermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 Vorarbeiten vorbereitet, die voraussichtlich am 15. September bekanntgegeben werden. Da diese Vorarbeiten für die Berechnung der Arbeitnehmerzahl und der Höhe der zulässigen Unterzahlungen der Tariflöhne von wesentlicher Bedeutung sind, wird es notwendig sein, daß die Betriebe vor weiteren Schritten den Erlaß der Durchführungsverordnungen abwarten.“

Göring an den Kanzler

Zwei Briefe.

— Berlin, 14. September.

Reichstagspräsident Göring hat an den Reichstanzler zwei Briefe gerichtet, von denen der erste lautet:

„Sehr geehrter Herr Reichstanzler! Den Vorwurf des Verfassungsbruchs, den Sie mir in Ihrem gestrigen Briefe gemacht haben, muß ich aufs schärfste zurückweisen. Ich stelle ausdrücklich fest, daß ich bereits die Zustimmung erteilt habe, als Sie sich zum Wort meldeten. Ich bin der Auffassung, daß während einer Abstimmung, die eine unteilbare Handlung bedeutet, überhaupt keine Worterteilung gegeben werden darf. Dies beweist die bisherige Praxis aller Parlamente. Ich war also gezwungen, zunächst die Abstimmungshandlung abbrechen zu lassen. Die Auflösung des Reichstages war daher nach meiner Auffassung erst nach der Abstimmung wirksam. Ich bitte Sie daher, den Vorwurf des Verfassungsbruchs zurückzunehmen, da die Voraussetzungen für eine solche schwere Ehrenkränkung nicht vorliegen sind.“

Der Sprecher Markgraf

EIN FUNK- UND FILM-ROMAN VON WOLFGANG MÄRKEN

UNVERBÄHRTE RECHTSSCHUTZE DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(42. Fortsetzung.)

Der Autor hatte eine glänzende Arbeit geleistet. Der Dialog war meisterhaft, sprachlich wunderschön. Unermüdlich hatte er daran gearbeitet. Der Wohlklang jedes Wortes war ausprobiert, alles Ueberflüssige war vermieden.

Er wußte, welcher Sprecher für die männliche Hauptrolle zur Verfügung stand, und hatte sich danach gerichtet. Er war wußt, wie die Worte von Rainer Markgraf gesprochen werden.

Rainer Markgraf hielt seine erste Blaustunde.

In der „Funfstunde“ war darüber geschrieben worden und zahlreiche Briefe lagen vor.

Es waren auch einige Briefe eingelaufen, die Rainer wehe taten, Briefe, in denen ihm vorgeworfen wurde, daß er die Konjunktur ausnütze.

Rainer sprach zu den Hörern, ging auf die Briefe ein und versuchte zu erklären, warum er das alles tue.

Der Film bringt mir ein Honorar von etwa einhundert-fünfundzwanzigtausend Mark! sagte er freimütig. Für meine Bedürfnisse brauche ich wenig. Ich will leben, wie Sie alle, meine Freunde, und ich will meinen Lieben, meinen Kindern, etwas aufbauen fürs Leben. Und schaffe ich weiter, dann weiß ich, daß es so viel Not in unserem deutschen Lande gibt, die zu helfen mir eine wunderbare Aufgabe dünkt. Dieser Aufgabe werde ich mich nicht entziehen. Ich fühle mich verpflichtet dazu. Die zwei Briefe haben mir sehr getan, aber ich hoffe, es sind die letzten dieser Art. Ich wollte allein sein mit meinem bißchen und doch so großen Glück. Das Schicksal hat es mir verschlagen. Bald zwanzig Jahre meines Lebens habe ich mich unablässig bemüht, mein Schicksal selbst zu meistern und mich ganz still. Das Schicksal stellt mich an den Platz, und ich trage, was es mir auflegt.“

Dann ging er vom Thema ab.

Noch ein Schreiben Görings

Er fordert vom Reichspräsidenten die Aufhebung der Notverordnung.

— Berlin, 14. September.

In einem zweiten Brief hat Reichstagspräsident Göring dem Reichspräsidenten das Ergebnis der Abstimmung im Reichstag mitgeteilt und im Zusammenhang damit folgende Forderung aufgestellt:

„Der Reichstag gibt seiner Erwartung hiermit Ausdruck, daß Sie, Herr Reichspräsident, entsprechend den Vorschriften der Reichsverfassung die von der Abstimmung des Reichstages betroffene Notverordnung unverzüglich außer Kraft setzen werden. Die selbstverständliche Folge der Annahme des Mißtrauensvotums wird die am 25. v. S. das Kabinett Papen sein. Eine Regierung, die die Politik im Innern bestimmen noch Deutschland in der jetzigen schwierigen Lage dem Ausland gegenüber vertreten kann.“

Schließlich der berechtigten Hoffnung Ausdruck verleihen, daß Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, die zu Recht erfolgte Abstimmung berücksichtigen werden und einer Regierung, die vom deutschen Volke mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wird, ebenfalls Ihr Vertrauen entziehen. Der Reichstag ist vom Volk gewählt worden. Sie Herr Reichspräsident, sind vom Volk gewählt worden. Reichspräsident und Reichstag gehören nach Ihren eigenen Worten zusammen. Beide müssen sich ergänzen, damit der Wille des Volkes oberstes Gesetz bleibe.

Dieser meiner Auffassung hat sich der Ausschuß zur Wahrung der Volksrechte im wesentlichen angeschlossen.

Stellungnahme der Regierung

Von Seiten der Reichsregierung wird u. a. mitgeteilt:

Der Reichstagspräsident hat in der Sitzung des Reichstages vom 12. 9. unter Nichtachtung der Vorschriften der Verfassung und der Geschäftsordnung die Verlesung der von dem Herrn Reichspräsidenten erlassenen Aufhebungsverordnung, verhindert. Er hat dem Reichstanzler mitgeteilt, daß nach seiner Auffassung die Auflösung des Reichstages erst nach der Abstimmung wirksam geworden sei. Ebenso hat der Ausschuß zur Wahrung der Volksrechte der Reichsregierung die Rechtmäßigkeit der Abstimmung des Reichstages behauptet.

Diese Auffassung erkennen der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung nicht an.

Darüber, an welchem Zeitpunkt die Auflösung des Reichstages erfolgt, entscheidet lediglich der Herr Reichspräsident.

Der zweite Brief, der das Datum des gleichen Tages trägt, hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Reichstanzler! Nachdem ich mich überzeugt habe, daß auch Minister, denen der Reichstag das Vertrauen entzogen hat, zur Gegenzeichnung eines Aufhebungsdekrets berechtigt sind, habe ich meine Auffassung bereits geltend gemacht, dahin korrigiert, daß der Reichstag formaljuristisch zu Recht aufgelöst ist und daher weitere Sitzungen oder Handlungen mit Ausnahme der in der Verfassung vorgesehenen Ausschüsse nicht stattfinden werden.“

Görings Protest bei Hindenburg

— Berlin, 14. September.

In einem Schreiben an Reichspräsident von Hindenburg erhebt der Reichstagspräsident Göring dagegen Protest, daß die Reichsregierung ihr Erscheinen im Überwachungsausschuss von Bedingungen abhängig mache. Göring ersucht den Reichspräsidenten, wie das in der Entscheidung des Ausschusses geschieht, die Reichsregierung zur Ausführung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten anzubahnen.

In seinem Antwortschreiben hat der Reichspräsident den Vorwurf des Verfassungsbruchs durch die Reichsregierung entschieden zurückgewiesen. Der Reichspräsident stellt dann weiter fest, daß die Komplikationen nicht entstanden wären, wenn der Reichstagspräsident dem Kanzler das Wort erteilt hätte. Sobald der Reichstagspräsident die durch die Auflösung geschaffene Lage anerkenne, werde nichts im Wege stehen, daß die Reichsregierung vor dem Überwachungsausschuss erscheine.

Von den verschiedensten Dingen, die ihm eingefallen waren, die ausgelöst wurden durch kleine Ereignisse und Beobachtungen, sprach er. Einzelne Menschenschicksale schilderte er, knüpfte an Tagesereignisse an. Sprach freimütig seine Meinung aus, riet und warf Fragen auf. Es war ein richtiges Ausprechen. Aber es lag etwas Tröstliches, Auflockerndes in seinen Worten. „Es ist alles nicht so schwer! Wir müssen versuchen, nicht an den Kleinigkeiten des Lebens zu scheitern! Das ist die Hauptaufgabe!“ Dies war der tiefe Sinn seiner Ausführungen.

Eine gewaltige Hörerschaft hatte ihm mit keiflichem Gewinn gelauscht.

Der Intendant dankte ihm und sagte, als er geendet hatte: „Das werden wir beibehalten, lieber Markgraf! So ein Ausprechen, das tut den Hörern wohl und ist für uns wertvoll.“

„Ja, ich denke auch!“

„Eine Last von Arbeit ruht nun auf Ihnen. Eine Flut von Briefen wird kommen. Manche Stunde müssen Sie ihnen opfern, aber Sie haben das große Glück: Sie hören den Herzschlag des deutschen Volkes.“

„Wir verstehen uns, Herr von Schulenburg!“

„Wie weit sind Sie mit Ihrem Film?“

„Nur noch diese Woche, Herr Intendant!“

„Ach, es ist nicht um die Zeit. Ihren Dienst hat es fast nicht beeinträchtigt. Sie dürfen sich getrost etwas mehr schenken.“

„Ich danke, das ist nicht nötig. Mein Organ hält's mühelos aus. Ich hätte nie gedacht, daß es das je vermag.“

„Es schummern in jedem Menschen Schätze! Leider werden sie nicht immer gehoben. Aber mit Ihnen hat das Schicksal eine Ausnahme gemacht. Es zwang Sie, sich zu offenbaren. Und ich weiß, wie bitter Sie darunter gelitten haben. Viel, viel Gutes hat es uns allen gebracht.“

Rainer lachte am Abend dem Gegenspiel des Sohnes. Er war überglücklich. Ganja wurdelt. Das lagte ihm jeder Ton. Eine Silbe chneigleichen erfüllte den Saal der Geige.

„Du wirst ein Künstler, Ganja!“ sagte er überzeugt. Der Junge sah den Vater mit glänzenden Augen an.

„Du meinst es Vater?“

„Ja, ich höre und fühle es. Siehst du, das ist's: Das Herz muß im Tone liegen, und ich fühle, deine Seele schwingt jetzt mit.“

„Sie kann in ihrer Mäandrit nicht von dem Schreiben Reichstagspräsidenten abhängig gemacht werden.“

Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, mit den nach Artikel 35 der Verfassung bestellten Ausschüssen zu verhandeln.

Sie muß aber, bevor sie in diese Verhandlungen eintritt, völlige Mäßigkeit darüber haben, daß die nach dem Reichstagspräsidenten und die beiden nach Artikel 35 Reichsverfassung bestellten Ausschüsse, die von dem Reichspräsidenten vor den Abstimmungen bestellten Ausschüsse des Reichstages und die darüber hinaus für Reichsregierung sich ergebende staatsrechtliche Stellung zu erkennen.

Ohne diese Anerkennung ist die Einleitung an Reichsregierung, vor dem Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung sowie vor dem Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Reichsregierung, auch in sich widersprüchlich.

Solange der Reichstagspräsident und die Ausschüsse auf dem Standpunkt stehen, daß die Reichsregierung nach dem Gesetz für die Reichsregierung, die Ausschüsse verlangen, diese selbst Regierung vor den Ausschüssen erscheint.

Auch aus diesem Grunde muß die Reichsregierung bestehen, daß der Reichstagspräsident und die Ausschüsse ausdrücklich zugeben, daß die am 12. September im Reichstag durchgeführten Abstimmungen nichtig sind.

Dies Eingeständnis ist die unerlässliche Voraussetzung dafür, daß die Reichsregierung Vertreter in die Ausschüsse entsendet.

Wenn der im ersten Ausschuss angenommene Antrag, wenn die Auflösung des Reichstages beanstandet, wenn an einem konkreten Anlaß zur Auflösung steht, wie es gemäß in Artikel 25 der Reichsverfassung gefordert wird, so ist darauf zu erwidern, daß Artikel 25 Absatz 1, die Auflösung ist das freie Ermessen des Herrn Reichspräsidenten stellt. Sinngemäß muß es auch dem Herrn Reichspräsidenten unbenommen sein, zur Vorberingung der Auflösung des Reichstages aufzulösen. Ebenso unbenommen ist die weitere Behauptung im Antrag, daß die Auflösung gegen Artikel 48 Absatz 2 Satz 2 verstoße.

Es ist selbstverständlich, daß der Reichspräsident bei der Entscheidung, ob der Reichstag an der konkreten Ausübung eines im allgemeinen zugehörigen Rechts durch Auflösung zu hindern, wenn diese Ausübung zu einer Gefährdung des Wohls des deutschen Volkes zu führen droht. Die Entscheidung, ob der Fall ist, steht allein im Ermessen des Reichspräsidenten.

Gorgulows Hinrichtung

— Paris, 15. September.

Der russische Arzt Paul Gorgulow, der Mörder des französischen Staatspräsidenten Doumer, wurde Mittwoch früh im Morgengrauen vor dem Sankt-Germain durch die Guillotine hingerichtet. Etwa 20 000 Zuschauer wohnten der Hinrichtung an.

Nach französischem Recht müssen die Hinrichtungen in aller Öffentlichkeit stattfinden. Schon in den letzten Jahrhunderten begann eine wahre Wüstenwanderung zu dem Boulevard Arago, auf dem wenige Meter vor dem Bastilleingang einrichtet die Hinrichtung vollstreckt wurde. Als der Pariser Schaffrichter und seine Gefolgsleute nach 2 Uhr nachts eintrafen, um die Guillotine zu errichten, hatten sich bereits Tausende von Zuschauer angesammelt, die von einem starken Polizeigebot in mehreren hundert Metern Entfernung gehalten wurden. Um 5.20 Uhr betrat der Generalstaatsanwalt, der Untersuchungsrichter, die beiden Verteidiger und ein Geistlicher der griechisch-orthodoxen Kirche die Zelle des Todesstrahlenden, der noch in tiefster Schlaf lag. Gorgulow hatte jedoch sofort verstanden, daß seine letzte Stunde geschlagen hatte. Er nahm das traditionelle Glas Rum und beichtete ein letztes Mal bei dem russischen Popen.

Als man ihn zur Guillotine begleitete, gedachte er in einigen Worten seiner Frau und des Kindes, das sie in fünf Wochen erwartet. Mit Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand hatte man der Gattin den Zutritt zum Gefängnis nicht gestattet. Sie hat also nicht Abschied nehmen können. Weiter erklärte Gorgulow auf dem Wege zur Guillotine, daß er für seine Idee, die weder royalistisch noch kommunistisch sei, sterbe. Er sterbe für das russische Volk. Widerstandslos ließ er sich dann auf die Guillotine legen, und wenige Sekunden später war der Gerechtigkeits Genige geschehen.

„Ach, Vater!“ sagte der junge Menich dankbar. „Bist du es ausprüchlich, dann glaube ich es! Dann weiß ich, daß ich mich nicht umsonst mühe um meine Kunst... um meine Liebe.“

Rainers Blick blieb auf des Sohnes verklärtem Gesicht haften.

„Um deine Liebe?“

„Ja, Vater! Ich liebe, ich liebe... du weißt es ja, wenn ich liebe. Alle meine Gedanken kreisen um sie, jede Stunde... um Age!“

„Um Age!“ sagte Rainer schwer.

„Glaubst du, daß ich sie mir geminnen kann, Vater, wenn ich ein großer Künstler bin?“

„Ich weiß es nicht, Ganja! Es ist so seltsam mit der Zeit im Leben. Mancher fliehet sie, und sie läuft hinter ihm her. Und den anderen, der sie sucht mit heißem Herzen...“

meidet sie.“

Der Junge sah ihn angstvoll an. Dann stieß er hervor: „Vater, Age ist älter als ich! Aber... man kann doch trotzdem einen Menschen lieben.“

„Ja, man kann trotzdem einen Menschen lieben. Ich habe's einmal erfahren!“

Ganja sah zu Boden. Er fühlte, daß der Vater in Bitternis der toten Mutter dachte.

„Vater, sage mir ein Wort: Hast du Age geliebt?“

Rainer sah seinen Jungen ernst an, dann schüttelte er den Kopf.

„Sie ist mit einer liebe Freundin. Meine Liebe, Ganja, die ruht fest in einem eisernen Herzen und kann nicht zerbrechen.“

Run sank der Junge vor dem Vater nieder und drückte die heißen Stirn an seine Knie.

„Verzeih, Vater!“ bat er voll Scham.

Neue Proben, neue Arbeit!

Ein Fanatismus des Schaffens erfüllte die Barrys. Ihre Kolleginnen haben sie mit seltsamen Augen an. Was war mit der großen Künstlerin geschehen? Sie war ein ganz anderer Mensch. Alles Kühle, das Unnahbare war von ihr abgefallen. In ihren Augen lag der Glanz des Spiels, der sie auch in ihrem privaten Leben nicht verließ.

(Fortsetzung folgt.)

